

Wir wünschen unseren Lesern  
ein Frohes Weihnachtsfest.  
Viel Glück und Gesundheit  
im Neuen Jahr!

Arbeitsplätze im Bezirk 2  
Harald Wolf (LINKE) erfolgreich

Mehr Licht als Schatten 3  
Interview: Halbzeit Rot-Rot II

## Menschenrechte sind unteilbar!

Jan Korte, MdB, Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE anlässlich  
des 60. Jahrestages der Verkündung der Allgemeinen Menschenrechte

Die Menschenrechte als Summe sozialer, kultureller, bürgerlicher und politischer Rechte sind für uns als Linke Fundamente der politischen Arbeit. Aus unserer Geschichte wissen wir: Menschenrechte sind unteilbar.

Und für die Bundesrepublik? Wo steht sie 60 Jahre nach dem Beschluss der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte?

Durch die Aufnahme unverrückbarer Grundrechte ins Grundgesetz verfügen wir über eine der besten Verfassungen Europas. Trotzdem: Wesentliche Menschenrechte bleiben für viele Menschen in unserem Land ein uneingelöstes Versprechen. Nicht jeder hat z. B. Anspruch auf „eine Lebenshaltung, die jedem Menschen und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden gewährleistet“, obwohl das im Artikel 25 der Erklärung der Menschenrechte gefordert wird. Hartz IV ist nicht Existenz sichernd, ebenso wenig wie Niedriglöhne oder Leiharbeit.

**Wir sind dagegen, dass Profite wichtiger sind als Menschenrechte.**

Petra Pau, 7.9.2008

Auch die Freiheitsrechte gelten in der Bundesrepublik nicht uneingeschränkt und wurden in den letzten Jahren unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung durch den Staat massiv beschnitten.

Obwohl Artikel zwölf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt, dass „niemand willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr“ ausgesetzt werden

darf, wurden das Postgeheimnis und die Unverletzlichkeit der Wohnung beseitigt und mit dem BKA-Gesetz die Audiovisuelle- und Onlineüberwachung der Bürgerinnen und Bürger legitimiert.

Der Kampf der LINKEN für soziale Grundrechte und gegen die Einschränkung von Freiheitsrechten ist ein steter und würdiger Beitrag zum 60. Jahrestag des Inkrafttretens der Allgemeinen Menschenrechte.

Unser Ziel bleibt: Freiheit und Sozialismus!

### Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 10.12.1948

Artikel 1 - Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

### Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt...



### Jahresrückblick



- Da haben wir nun den Reichen Steuern geschenkt, Lohnzurückhaltung betrieben, Arbeit dereguliert und Staatsaufgaben privatisiert, und nun sitzen wir doch in der Krise.

- Na eben deshalb.

- Und was könnte wirklich helfen?

- Ein Programm gegen Armut.

### Unser Autor:

Geboren am 5. April 1977 in Osnabrück, - Studium der Politischen Wissenschaften, Soziologie und Geschichte an der Universität Hannover, - seit 2005 Mitglied des Bundestages,

### Kontakte

jan.korte@die-linke.de

jan.korte@bundestag.de

www.jankorte.de

# Harald Wolf kämpft für Arbeitsplätze in Reinickendorf: Erfolgreich!

von Stefan Liebich, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Bei einem Besuch des Borsiggeländes in Tegel Ende 2005 wurde der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf, Die Linke, auf die drohende Verlagerung der Produktion von sehr schweren Maschinen aufmerksam gemacht.

Die Schwierigkeit bestand vor allem in den hohen Kosten, die sich aus den Anforderungen des Landtransportes ergeben. Als Lösungsmöglichkeit bot sich die Reaktivierung des direkt am Gelände gelegenen Borsighafens an. Dies wurde ab Sommer 2006 mit den beteiligten Akteuren, also der Firma Borsig, dem Bezirk und dem Land vorbereitet. Zunächst stellte das Bezirksamt Reinickendorf einen Förderantrag, der im November 2006 zu einer vorläufigen Förderzusage durch den Wirtschaftssenator führte. Nach etlichen Schwierigkeiten, die vor allem im Handeln der bezirklichen Politik begründet waren, konnte endlich im Mai dieses Jahres die sogenannte „Ro-Ro-Rampe“ in Betrieb genommen werden, die es

Straßenfahrzeugen ermöglicht, Schiffe zu befahren. Der erste Transport erfolgte im Juni 2008. Die Baumaßnahme wurde mit der Fertigstellung der Kranplattform abgeschlossen.

Die Infrastrukturmaßnahme „Ausbau des Borsighafens“ hat industriepolitisch eine hohe Bedeutung für Berlin. Das Vorhaben sichert 500 bis 600 industrielle Arbeitsplätze bei den auf dem Borsiggelände ansässigen Industriebetrieben. Ohne diesen Hafen für spezielle Schwerlasttransporte würde es diese Arbeitsplätze heute nicht mehr geben. Darüber hinaus schafft der Transporthafen das Potential, durch Transportübernahme auch in anderen Berliner Unternehmen Arbeitsplätze zu sichern bzw. sogar neu zu schaffen. In der Wertschöpfungskette kann man von insgesamt bis zu rund 1 000 Arbeitsplätzen ausgehen, die diese Infrastrukturmaßnahme gesichert bzw. ermöglicht hat.

Nicht zuletzt die tatkräftige Unterstützung des Wirtschaftssenators Harald Wolf hat diesen Erfolg ermöglicht.

## BBV-Splitter

23., 24. Sitzung, 12.11.2008

SPD und CDU setzten ihren Streit fort, diesmal ohne Unterbrechung. Der Berg an offenen Tagesordnungspunkten (TOP) aber wuchs weiter.

Es gab **persönliche Erklärungen** des **BBV-Vorstehers** Pohl, der an die Preußische Städteordnung vom 19.11.1808 erinnerte, welche als Ursprung kommunaler Selbstverwaltung in Deutschland gilt. **Bürgermeisterin** Marlies Wanjura (CDU) konnte anhand eines Schreiben des stv. Berliner Datenschutzbeauftragten nachweisen, dass sie nicht den Datenschutz einer ehemaligen Mitarbeiterin verletzt hat.

Weiter ging es mit offenen TOP: Reinickendorf bekommt womöglich einen **Fahrradbeauftragten**. Die BBV beschloss einen entsprechenden Prüfauftrag (Drs.Nr. 0584/XVIII).

Weitere Debatten gab es zu den TOP Volksbegehren „Kitakinder...“, Kostenübernahme für Heimbewohner, Kondomautomaten in Reinickendorfer Schulen und JFE sowie aufsuchender Kinderschutz.

In zwei **Großen Anfragen** (GA) fragten die CDU nach der **Verleihung des Umweltpreises in Reinickendorf** (Drs.Nr. 0654/XVIII) und Bü90/Grüne nach dem **Spielstättenkonzept**.

Eine **Mündliche Anfrage** des CDU-Verordneten Frank Marten ging Gerüchten nach, wonach in Glienicke an der Grenze zu Frohnau ein **Clubhaus** einer motorisierten Rockergruppe im Entstehen sei.

Für den 26. November wurde eine **Sondersitzung** einberufen, auf der die offenen Punkte der 23. und 24. Sitzung behandelt werden sollten.

Deren Konsensliste barg dann eine Überraschung: Die GA zu den Themen **Borsighafen** und **Kita-Eigenbetrieb** wurden vertagt, die GA aus der 24. Sitzung gelangten gar nicht erst auf die TO. Unverständlich, hätte doch an diesem Tag eigentlich der Jugendhilfeausschuss (JHA) getagt, der seinen Termin für die Sondersitzung räumen musste. Dort hätte das Anliegen des **Freizeitvereins Tegel Süd** behandelt werden sollen (Drs.Nr. 0691/XVIII). Dessen Räume sind zum Jahresende gekündigt. Eine Lösung gibt es nun frühestens mit der Sitzung des JHA am 17. Dezember - immerhin erfuhr man, dass sich Bürgermeisterin Wanjura (CDU) bei der zuständigen Wohnungsbaugesellschaft für preisgünstige Ersatz-Mietobjekte eingesetzt hat. ld

## Nöte eines BBV-Vorstehers

Die Geschäftsordnung der BBV schreibt im Abschnitt IX in den Paragraphen 41 bis 46 vor, wie abgestimmt werden soll. Der BBV-Vorsteher leitet die Prozedur, zählt die Stimmen, verkündet das Ergebnis. Eigentlich ist alles klar. Aber, aber...

Heiner v. Marschall (B90/Grüne) begründet in der BBV-Sondersitzung am 26. November, dass ein **Radfahrangebotsstreifen Hermsdorfer Straße – Triftstraße – Holzhauser Straße** (Drs.-Nr.: 0559/XVIII) auch im Interesse der Autofahrer liegt. Die CDU bescheinigt ihm guten Willen; realistisch sei aber nur das Radwegekonzept des zuständigen CDU-Stadtrates. Der Verkehrsausschuss hat seine Ablehnung bereits verkündet. Dennoch versucht die SPD, mit einem Änderungsantrag ein unverbindliches Berichtersuchen an das Bezirksamt zu initiieren. Der Vorsteher grübelt laut: Worüber wird nun abgestimmt? Änderungsantrag, Ursprungsantrag, Empfehlung des Ausschusses? „Das nicht, das nicht; gut, dann machen wir es so, wie Sie möchten.“ Aber wie möchten sie es nun?

U. Schulz (SPD) überrascht die CDU, indem sie deren Ersuchen **„Sämtliche Veranstaltungen auf der Bezirkshomepage“** (Drs.-Nr.: 0681/XVIII) zustimmt. Gleichzeitig erkundigt sie sich, wann sich Reinickendorf - wie alle anderen Bezirke - endlich [www.berlin.de](http://www.berlin.de) anschliesse. Kritisch fragt sie, was die Bürgermeisterin mit 22 Tausend Euro jährlich für die Pflege der homepage anstelle, wo doch vieles veraltet sei. Wer im Glashaus sitze, solle nicht mit Steinen werfen, kontert U. Droske (CDU) und erinnert an ähnliche Vorwürfe gegenüber dem früheren SPD-Kulturstadtrat. Aus dessen Richtung ertönt etwas wie „üble Lüge“, was D. Steffel (CDU) als „unverschämt“ empfindet. Für seine Fraktion verlangt er eine Sitzung des Ältestenrates, was aber nur der Fraktionsvorsitzende verlangen darf und was Herr Braun (SPD) also Herrn Steffel verweigern will. Als der CDU-Fraktionsvorsitzende erscheint und die Forderung bejaht, resigniert der BBV-Vorsteher: „Es hätte uns ja was gefehlt!“

Ja, es hätte. **Dr. Klaus Gloede**

# Hat es sich gelohnt?

## Eine Zwischenbilanz der Regierungsbeteiligung in Berlin

In Berlin ist die LINKE (vorher Linkspartei.PDS) seit inzwischen mehr als zwei Jahren in zweiter Auflage als Koalitionspartner mit der SPD in Regierungsverantwortung. Der Landesparteitag der LINKEN hat am 6./7. Dezember eine Zwischenbilanz gezogen. Nach wie vor gibt es viele Argumente für und gegen Regierungsbeteiligungen linker Parteien. Kann die LINKE in Regierungsverantwortung im Sinne der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, Rentner, sozial Benachteiligten und einer gerechteren Gesellschaft Fortschritte erreichen? Werden soziale Gerechtigkeit, größere Chancengleichheit, demokratische- und Mitbestimmungsrechte, nachhaltiges Wirtschaften befördert; werden Verteilungsungerechtigkeiten, Diskriminierung und Ausgrenzung, zumindest tendenziell, beseitigt?

„Wir in Reinickendorf“ befragte Felix Lederle, wiedergewähltes Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Berlin, und Dr. Klaus Gloede, zur Zwischenbilanz von „Rot-Rot II“.

**Klaus, Du warst für eine Wahlperiode im Landesvorstand, hast aus persönlichen Gründen nicht wieder kandidiert und gehörst zu den erklärten Skeptikern gegenüber der Regierungsbeteiligung der LINKEN in Berlin. Wie ist Deine Bilanz?**

Der Bezirksvorstand in Reinickendorf hat das Mitregieren der LINKEN seit Beginn in 2001 solidarisch, aber immer auch kritisch, begleitet.

Mein Eindruck ist, dass aus „Rot-Rot I“ die richtigen Lehren gezogen wurden. Nach dem schlechten Wahlergebnis 2006 durfte es kein „Weiter so“ geben. Die Spielräume für linke Politik in der Koalition mit der SPD wurden deutlich erweitert, Akzente gesetzt, Referenzprojekte gestartet.

**Trotzdem gibt es immer wieder Kritik am Wirken der LINKEN...**

Sicher, das ist auch gut so, unterschiedliche Meinungen und Beurteilungen sind völlig okay und notwendig. Aber demokratische Landesparteitagsbeschlüsse sind für alle Mitglieder der Partei bindend. Auf dieser Ebene müssen die Grundsatzdiskussionen geführt werden.

**Hast Du persönlich profitiert?**

Na klar, mein politischer Horizont hat sich erweitert und ich konnte viel Hintergrundinformation aufnehmen.

**Und die Arbeit im Bezirksvorstand?**

Meine Arbeit im Landesvorstand hat geholfen, politische Entscheidungen des Landesvorstandes transparent zu machen und gleichzeitig Prioritäten zu setzen, z. B. die Konzentration auf das politische Mittel der Einwohnerfragen in der BVV.

**Felix, Du bist über die WASG in die vereinte LINKE gekommen.**

**Wie beurteilst Du grundsätzlich linkes Wirken in der Landesregierung?**

Nach der Wahl 2006 musste von Seiten der LINKEN bewertet werden, ob das Verhältnis von linken Inhalten und koalitionsbedingten Kompromissformeln stimmt. Es besteht eine große Diskrepanz zwischen dem, was wir uns unter einer gerechten Gesellschaft vorstellen, und dem, was wir in der gegenwärtigen historischen Situation vorfinden.

Politisch hat die Linke insgesamt, also auch außerparlamentarisch, derzeit eher Verteidigungskämpfe zu führen. Dies engt die Handlungsspielräume der LINKEN als Partei natürlich ein. Eine linke Partei muss aber immer dicht an sozialen Konflikten sein, sonst ist sie überflüssig.

Mein Eindruck ist, „Rot-Rot II“ trägt stärker linke Handschrift.

**Was ist denn gelungen?**

Das Wichtigste in Stichworten: Keine Studiengebühren in Berlin, beitragsfreier Kita-Besuch im letzten Jahr vor Schulbeginn, „Berlin-Pass“ für sozial Benachteiligte, warmes Mittagessen in den Ganztagschulen, Schulstarterpaket, Einführung der Umweltzone, Mindestlöhne bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Ablehnung des Lissabon-Vertrages im Bundesrat, Rettung der Wohnungsbaugesellschaften und landeseigenen Kliniken, Einführung von Volksentscheiden, Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) und in die Gemeinschaftsschule, keine weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge - ein besonderer Punkt ist natürlich, leider immer noch, der „Kampf gegen Rechts“.



**Und welche Defizite würdest Du benennen?**

Das 2006 verabschiedete Ladenöffnungsgesetz war von uns nicht gewollt, entsprach aber sicher dem Willen einer gesellschaftlichen Mehrheit, insofern konnten wir nur Schadensbegrenzung im Sinne des Arbeitnehmerschutzes leisten. Das gleiche gilt für die Änderung des Polizeigesetzes ASOG in 2007.

**Welche Themen sollten im nächste Wahlkampf Schwerpunkte sein?**

Wahlziele müssen realistisch sein, die Rahmenbedingungen dargestellt und strikt beachtet werden. Der ÖBS muss ausgebaut, die Tür zur Gemeinschaftsschule darf nicht wieder zugeschlagen werden. Die landeseigenen Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge (BVG, BSR, Krankenhäuser, Wasserwerke, Energieversorgung, Wohnungsbaugesellschaften) dürfen nicht weiter privatisiert bzw. sollen wieder rekommunalisiert werden.

**Die Fragen stellte Jürgen Schimrock**

Unser Bild: Felix Lederle (rechts) mit Klaus Lederer beim Volksfest zur 700 Jahr Feier in Heiligensee

Foto: Klaus Gloede

Das vollständige Interview ist zu finden auf unserer Homepage [www.die-linke-reinickendorf.de](http://www.die-linke-reinickendorf.de)

# Warum DIE LINKE?

Es gibt zwei wichtige Gründe, die mich zur Partei DIE LINKE gezogen haben:

Zum einen versuche ich schon seit Jahren eine politische Organisation zu finden, die human und gewissenhaft mit ihrer Umwelt umgeht und auch entsprechende Ziele verfolgt. Im heutigen Kapitalismus ist dies nicht mehr möglich; deswegen bekenne ich mich zum demokratischen Sozialismus. Ich weiss, es ist noch ein extrem weiter Weg, den wir alle früher oder später einschlagen werden, wenn wir vernünftig sind, aber halt auch ein erstrebenswertes Ziel.

Zum anderen ist DIE LINKE die einzige Partei, die real und rational mit der heutigen Wirtschafts- und Finanzwelt umgehen kann und eine gerech-

te Verteilung der Finanzen anstrebt. Das kann man bei keiner anderen Partei, auch nicht im außerparlamentarischen Bereich, erleben.

Das hat viel damit zu tun, dass, wie schon immer CDU\CSU und FDP, auch die SPD und leider auch die Grünen immer mehr zu Blockparteien der heutigen Wirtschaft werden. Einer Wirtschaft, die immer mehr nur am Gewinn interessiert ist und dies auf Kosten

der Bürger und der Konsumenten durchsetzen will. Das darf nicht so weiter gehen!

Wir brauchen eine echte Opposition, damit die Stimme des Volkes und nicht nur die der Konzerne im Bundestag zu hören ist.

*David Lühmann, Schüler, 17 Jahre*



## Licht ins Dunkel

„Gewalt gegen Mädchen und Frauen gibt es leider überall. Weltweit.“

Anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ organisierte der Beirat für Frauen- und Mädchenangelegenheiten im Bezirk Reinickendorf am 25. November eine Demo. Unterstützt von den Projekten und Einrichtungen, die von und

für Reinickendorfer Mädchen und Frauen getragen werden, zogen knapp 100 Frauen, weibliche und männliche Jugendliche und einige Männer von der Amendestraße zum „Haus am See“ am Schäfersee.

Erschreckend: Jede vierte Frau in Deutschland hat Gewalt erfahren. „Betroffen sind alle Altersgruppen, unabhängig ihres Bildungsstandes, ihres Einkommens, ihrer Nationalität, ihrer ethnischen und religiöse Zugehörigkeit.“

Mit der Aktion wurde aufgerufen, Licht ins Dunkel zu bringen, zu helfen, wenn eine Gewalttat bekannt oder vermutet wird. Auch in öffentlichen Räumen ist die Unsicherheit von Mädchen und Frauen groß. Viele äußern Furcht vor sexuellen Übergriffen und gewalttätigen Überfällen. Es wird aufgefördert, die Sicherheitslage zu stärken, z. B. durch bessere Ausleuchtung öffentlicher Plätze und Bahnhöfen.

Angst und Gewalt kann und muss vorgebeugt werden, denn: „Gewalt geht uns alle an.“

Foto:  
J. Schimrock



### Impressum

Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

**Wir in Reinickendorf** wird vom Bezirksverband finanziert.

### Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE, Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



## Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:  
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr  
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632

e-mail:  
redaktion@die-linke-reinickendorf.de

## Am Rande Frage aus der virtuellen Welt

In Tegel hat es wieder mal gespukt, woanders spukt's ja nicht (*vergleiche Goethe, Faust 1, Walpurgisnacht*). Laut Internet hat kürzlich der Schutzverein Selbstentleibter Banker in Scham e.V. eine außerordentliche Sitzung abgehalten.

Es sei um den inzwischen widerwärtig oft erhobenen Vorwurf der Politik gegangen, die Realwirtschaft sei von der virtuellen Wirtschaft in die Krise gezockt worden. Jedoch müsse am Ende des verhängnisvollen Jahres 2008 endlich klargestellt werden, dass die Virtualwirtschaft alles Erdenkliche getan habe, um die Krise zu verhindern.

Auch in Deutschland seien nämlich gewisse Leute in den letzten zehn Jahren mit mindestens einer zusätzlichen Billion Euro gekommen und hätten Anlagemöglichkeiten für ihr Geld gefordert. In die Realwirtschaft zu investieren hätten sie sich geweigert, weil bereits viel zu viel Waren und Leistungen auf dem Markt seien und weil die Leute, die ihr Geld für Waren und Dienstleistungen zu verbrauchen pflegen, eh kein Geld hätten. Verständlicherweise wären die Anlegewilligen lebensbedrohlich überfordert gewesen, hätten sie ihr Geld selbst konsumieren sollen. Und da musste man eben Geld als Kredit weiter vermitteln, wo man eigentlich nichts hätte vermitteln sollen, und habe neue Finanzprodukte entwickelt, die man nicht hätte entwickeln dürfen. Und dafür habe man schließlich auch gebüßt.

Wer aber sei verantwortlich, dass diese Billion - hälftig Steuergeschenke an Vermögensgüter, hälftig Extraprofite für Kapitaleigner wegen sinkender Reallöhne zusammengesammelt und in die Virtualwirtschaft gespült wurde? Jeder in der realen Welt habe doch wissen müssen und können, dass dieses Geld im realen Kreislauf von Produktion und Konsumtion bitter fehlen würde. *Jochen Eser*

## Termine

Am Samstag, dem **13. Dezember um 14 Uhr, Jahresabschlussfeier** der LINKEN Reinickendorf im Roter Laden. Gäste sind willkommen.

Zu Gast ist **Halina Wawzyniak**, stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN; zur Unterhaltung liest der Schriftsteller **Günter Herlt** aus seinen satirischen Werken.